

**Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg**  
**19. Wahlperiode, 9. Sitzung am 10.7.2008, S. 411f**  
(Aus: <http://www.buergerschaft-hh.de/parldok/>)

**Vizepräsidentin Nebahat Güclü:** Das Wort hat Herr Schäfer.

**Dr. Martin Schäfer** SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Frau Heitmann, Sie dürfen versichert sein, dass wir uns mindestens seit zehn Jahren mit diesem Problem befassen (*Christiane Blömeke GAL*: Solange gibt es das Modell ja noch gar nicht, Herr Schäfer!) und dass uns durchaus bewusst ist, dass damit leider immer noch nichts gewonnen wurde. Anfang dieses Jahrzehnts gab es einen groß angelegten Versuch in mehreren Großstädten dieses Landes. Der wurde erfolgreich abgeschlossen dahingehend, dass festgestellt wurde, man möge diese diamorphingestützte Behandlung für Schwerstabhängige einführen. Das ist in der Tat bisher nicht geschehen. Um zu vermeiden, dass diejenigen Probanden, die an diesem Versuch teilnehmen konnten, wieder ins Nichts zurückfallen, wurde seit Beendigung dieses Versuchs – ich meine, das war 2004, 2005, ich kann mich fast nicht mehr daran erinnern, wie lange das her ist – immer wieder sukzessive sichergestellt, dass diejenigen, die am Programm teilnahmen, bis dahin weiter daran teilnehmen durften. Das reicht aber nicht mehr und jetzt kommt das neue Programm. Das werden immer weniger und diejenigen, die es bräuchten, bleiben weiterhin draußen, denn eines müssen Sie begreifen: Es sind seitdem nicht weniger Heroinsüchtige in dieser Stadt, sondern diese Anzahl ist so konstant, dass man sich wirklich überlegen muss, was man an dieser Stelle mehr tun kann und – ausgehend von dem Ausgang dieser Studie – auch tun muss, um denen zu helfen.

So haben einige Städte – Köln, Frankfurt, Karlsruhe – das Ganze noch ein bisschen erweitert und das steht auch in unserem Antrag. Die nehmen unter denselben Voraussetzungen wie die alten Teilnehmerinnen und Teilnehmer da hineingekommen sind, neue auf. Daran muss man denken, um – ausgehend von den Erkenntnissen dieser Studie – das zu tun, was dort festgestellt wurde und was den Leuten auch tatsächlich nutzt, denn es gibt sie nach wie vor. Es genügt nicht, denen, die bisher daran teilgenommen haben und die immer weniger wurden, das bis zum Sankt Nimmerleinstag fortzusetzen, aber keine neuen aufzunehmen. Da muss wieder Dampf rein und das war die Intention dieses Antrags. Wie man das macht, ist Sache des Gesundheitsausschusses. Deswegen kann es nicht anders sein, als dass dieser Antrag dorthin überwiesen wird. Wir wollen nichts über das Knie brechen, aber wir wollen es dort debattieren, wo es hingehört. Deswegen verstehe ich nicht, wie Sie zu einer Ablehnung der Überweisung kommen können.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)